

Presseinformation

18. März 2024

Welttag der Sozialen Arbeit macht fehlenden Ausbau der Studienplätze zum Thema

Bund bei Ausbildungsinitiative für Sozialberufe säumig

Anlässlich des morgen, Dienstag, stattfindenden World Social Work Days machen NÖ Soziallandesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig und Christine Haselbacher, Leiterin der Fakultät für Gesundheit und Soziales der Fachhochschule (FH) St. Pölten, gemeinsam auf die Nöte der Ausbildung im Bereich der Sozialen Arbeit sowie der gesellschaftlichen Folgen aufmerksam und richten ihren Appell an die Bundesregierung, dem Fachkräftemangel im Sozialbereich entgegenzuwirken und deutlich mehr Studienplätze zu finanzieren.

„Ähnlich wie in anderen Berufsgruppen ist aktuell der Fachkräftemangel bei Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern spürbar“, betont Königsberger-Ludwig. In Reaktion auf diese Entwicklung hätten sich beispielsweise zuletzt die Länder entschlossen, eine gemeinsame Kampagne auf verschiedenen Social-Media-Kanälen zu starten, um besonders die sinnstiftende und erfüllende Seite der beruflichen Tätigkeit einer Sozialarbeiterin oder eines Sozialarbeiters zu zeigen. Auch sei das Land Niederösterreich in Vorlage getreten und investiere 1,8 Millionen Euro aus dem eigenen Budget für entsprechende FH-Ausbildungsprogramme, so die Landesrätin.

Demgegenüber sei die Bundesregierung aber in der Frage der Finanzierung zusätzlicher Lehrgänge bzw. Studiengänge für Sozialpädagogik und Soziale Arbeit und verkürzter Lehrgänge für Umsteigerinnen und Umsteiger aus nahestehenden psychosozialen Berufen in die Sozialpädagogik weiter säumig, übt Königsberger-Ludwig Kritik und verweist auf entsprechende Forderungen der Länderkonferenzen der Kinder- und Jugendhilferferentinnen und -referenten sowie der Familienreferentinnen und -referenten.

Nach Ansicht der Länder sei eine Erhöhung der Ausbildungsplätze für Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter um insgesamt 50 Prozent bis 2026 notwendig. Auch müsse die Ausbildung leistbar sein, meint Königsberger-Ludwig. Maximal dürfe die Studiengebühr so viel wie in einem Regelstudium ausmachen. Es benötige zudem existenzsichernde Maßnahmen für Quereinsteigerinnen und Quereinsteiger nach dem Vorbild aus dem Pflegebereich, damit sich diese die

Presseinformation

Ausbildung überhaupt leisten können. „Wir brauchen dringend Verbesserungen. Daran führt kein Weg vorbei“, hält die Landesrätin fest.

„Angesichts von multiplen Krisen spielt Soziale Arbeit eine immer größere Rolle für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den Erhalt der Demokratie. Es gibt eine große Menge an offenen Stellen im Sozialbereich, die derzeit nicht besetzt werden können. Zahlreiche Vereine und soziale Organisationen suchen Fachkräfte und werben Studierende bereits im Studium ab. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen für inklusive Sozialpädagogik stehen auf der bundesweiten Mangelberufsliste und die Schulsozialarbeit wird zurzeit ausgebaut. Auch sie sollte mit Profis besetzt werden“, sagt Christine Haselbacher.

„Ein Ausbau der Ausbildung ist daher dringend notwendig. Leider fokussiert das Ministerium beim Ausbau der Studienplätze bisher jedoch auf den MINT-Bereich. Eine Forderung des Berufsverbands Soziale Arbeit an den Bund um 300 zusätzliche Bachelorstudienplätze für ganz Österreich für Soziale Arbeit wurde abschlägig beantwortet. Positiv ist hingegen, dass das Land Niederösterreich an unserer FH durch eine Finanzierung ein duales Bachelorstudium Sozialpädagogik ab dem Wintersemester 2024 ermöglicht hat. Dennoch braucht es auch weitere Schritte durch den Bund“, so Haselbacher abschließend.

Weitere Informationen beim Büro Landesrätin Ulrike Königsberger-Ludwig, Mag. Dr. Anton Heinzl, Telefon 02742/9005-12576, E-Mail Anton.Heinzl@noel.gv.at.